

Nr. 23/2012, Hilflöse Menschen werden von ihren Betreuern ausgebeutet

Leichtes Opfer

Der Skandal an der Sache ist nicht die Gier der Betreuer, sondern die Tatsache, dass die Politik nicht bereit ist, eine notwendige und anspruchsvolle Arbeit anständig zu honorieren. Die Pauschalierung ist einzig nur deshalb eingeführt worden, weil es sehr viele Menschen gibt, für die Angehörige keine Verantwortung übernehmen wollen und oft auch nicht können. Das belastet die Justizkassen der Länder in immer höherem Ausmaß. Infafterweise wurde die Reform von der Politik jedoch so verkauft, als wolle man Missstände bei der Abrechnung der Betreuer einschränken.

PETRA NUSSBAUM, SCHWETZINGEN (BAD.-WÜRTT.)

Ich empfinde die gesetzliche Betreuung in vielen Fällen gut, richtig und wichtig. Sie sollte aber in den Bundesländern einer einheitlichen Prüfung unterliegen, unter die auch Rechtsanwälte fallen müssen, die den Job zusätzlich übernehmen!

ELKE TETZNER, WUPPERTAL

Alte, insbesondere höchstbetagte Menschen sind ein leichtes Opfer von Manipulationen, weil ihre geistige und physische Gebrechlichkeit fast immer weit fortgeschritten ist und damit ihre Abhängigkeit. Nachdem beide Geschwister erfuhr, dass ich der Haupterbe werden sollte, wurden meine 90-jährigen Eltern massiv bearbeitet, so dass ich bei der Betreuungsvollmacht ausgeschlossen wurde. Eine Patientenverfügung, die mich als bevollmächtigt auswies, wurde versteckt, so dass ich als Arzt nicht tätig werden konnte.

DR. H. MEYER, ANSCHRIFT DER RED. BEKANNT

Wir setzen uns seit langem für gesetzliche Zulassungskriterien für den Betreuerberuf ein. Betreuer sollten nur auf der Basis einer fundierten Ausbildung zugelassen werden und bei Fehlverhalten Sanktionen bis hin zur Untersagung der Berufsausübung verhängt werden können.

DR. HARALD FRETER, HAMBURG
BUNDESVERBAND DER BERUFSBETREUER

Nr. 23/2012, Kommentar von Bernhard Zand: Die Sehnsucht der Muslime

Allah diskutiert nicht

Der pragmatische Herr Gauck hat versucht, Christian Wulffs Ausspruch zu korrigieren, indem er die erlebte Wirklichkeit unserer letzten Jahrhunderte verwertete: „Die Muslime, die hier leben, gehören zu Deutschland“. Da hat er recht. Zand versucht, Wulffs Ausspruch als ewige Wahrheit zu beweisen. Da hat er unrecht. Denn

weder die Katastrophen Deutschlands im christlichen Abendland noch die Übernahme von Fremdwörtern, Zitate und zivilisatorischen Errungenschaften der arabischen Welt begründen die Aussage: „Der Islam gehört auch zu Deutschland“.

GERHARD HAASE, QUICKBORN (SCHL.-HOLST.)

Dass Millionen Muslime zu Deutschland gehören, wird niemand ernsthaft in Frage stellen. Daraus aber den Schluss zu ziehen, der Islam als kulturelles Erbe gehöre



Muslimische Frauen in Berlin

zu Deutschland, ist schon abenteuerlich. In der islamischen Tradition steht das Individuum immer hinter dem Kollektiv mit all den bekannten Konsequenzen.

KLEMENS LUDWIG, TÜBINGEN

Das Abendland ist geprägt von Humanismus, Reformation und Aufklärung – daher auch die Trennung von Religion und Staat –, Errungenschaften, um die der Westen seit Jahrhunderten gerungen hat, während sie in der islamischen Welt unbeachtet blieben. Und mit Verlaub: Dies feststellen zu dürfen hat nichts mit Islamfeindlichkeit zu tun!

DR. STEFAN HEINLEIN, SAARBRÜCKEN

Wir im blutgetränkten Herzen Europas haben unsere Lektion gelernt. Wir Abendländer diskutieren und wägen ab. Allah diskutiert nicht. Sollen wir – wie Backfische – alles noch mal von vorn durchmachen, Herr Zand?

ALEXANDER JANICEK, AUGSBURG

Die Diskussion um die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört, entscheidet sich politisch – nicht kulturell – nur daran, inwiefern der Islam mit den Menschenrechten vereinbar ist, was Zand jedoch mit keinem Wort erwähnt. Und dies ist der Islam grundsätzlich zweifellos: Den Beweis erbringt täglich die überwältigende Mehrheit der Muslime in Deutschland, Europa und den USA, weil sie friedlich und gesetzeskonform lebt. Aber der Islam birgt aktuell eine Gefahr: Er dient radikalen Fundamentalisten als Rechtfertigung für Terroranschläge und Politikern islamischer Länder für Drohungen gegen andere Staaten.

SYLVIA MERSCHROTH, DARMSTADT